

Verabschiedet am 04.03.2017 von der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen

Für wettbewerbsfähige und erfolgreiche KMU

Kampf der FDP gegen Bürokratie

Bürokratie und übermässige Regulierung sind schädlich für den Wirtschaftsstandort Schweiz, sie belasten unsere Firmen mit unnötigen Kosten. Gerade KMU, welche im kleinen Team innovativ und flexibel bleiben müssen, werden durch eine hohe administrative Last enorm gebremst. FDP.Die Liberalen hat sich den Kampf gegen die Bürokratie auf die Fahne geschrieben. Wir wollen einen starken, aber schlanken Staat. Mit unserem Einsatz leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung der regulatorischen Kosten für die Wirtschaft.

1. Bürokratiewachstum in der Schweiz zulasten der KMU

Eine geringe Regulierungsdichte und tiefe Regulierungskosten begünstigen die Entfaltung aller Unternehmen. Sie sind aber gerade für KMU, die oft nur wenige Ressourcen haben, überlebenswichtig. Weniger Bürokratie und Regulierungen verschaffen den KMU den nötigen Spielraum für ihre unternehmerischen Tätigkeiten. Die Senkung von Regulierungskosten führt zu einer Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel in einer Firma und damit zu einer höheren Produktivität und mehr Wirtschaftswachstum.

Die Regulierungswut hat gemäss verschiedenen Indikatoren in der Schweiz massiv zugenommen: Lag die Schweiz noch vor zehn Jahren auf Rang zehn des «Ease of Doing Business» Indikators der Weltbank, belegt sie seit Juni 2016 Platz 31¹. Wir sind von dieser Entwicklung alarmiert. Daher setzen wir uns mit den im Folgenden präsentierten Massnahmen insbesondere für KMU ein.

2. Regulierung reduzieren!

Wir haben ein dreistufiges Modell entwickelt, um der ausufernden Bürokratie effektiv entgegenzutreten:

1. Unabhängige und umfassende Regulierungsfolgeabschätzung

Neue Gesetzesvorlagen und Verordnungen generieren einen gewaltigen administrativen Aufwand für die betroffene Wirtschaft. Deshalb berechnet die Verwaltung jeweils die Auswirkungen geplanter Regulierungen anhand einer Regulierungsfolgeabschätzung (RFA). Heutzutage überprüft jedoch der Regulator, das heisst der Bundesrat und die Verwaltung, sein Werk selber.

Eine unabhängige Kontrollstelle soll zukünftig die Berechnung der Regulierungskosten einer Gesetzesvorlage und von Verordnungen überprüfen und diese einheitlich und öffentlich aufzeigen. Gleichzeitig soll dies ermöglichen, die Bundesaufgaben zu reduzieren und so Kosten zu sparen. Wir wurden in der Frühlingssession 2015 im Parlament in diesem Sinne aktiv und haben die Motion [„Bürokratieabbau. Regulierungsfolgen durch eine unabhängige Stelle aufdecken“](#) eingereicht. Die Motion wurde vom Nationalrat 2015 und vom Ständerat 2016 angenommen und an den Bundesrat überwiesen. Er ist nun gefordert, die unabhängige Prüfung der Regulierungsfolgeabschätzungen einzuführen. Eine solche

¹ The World Bank, [„Ease of Doing Business“](#)

Überprüfung würde Kosten verursachen; diese würden aber durch "verhinderte Fehler" bei Weitem eingespart.

2. Einführung einer Regulierungsbremse

Aufbauend auf der RFA soll eine Regulierungsbremse dem Parlament bei besonders kostspieligen Regulierungen eine höhere Hürde auferlegen. Wir haben daher die Fraktionsmotion „[Mit einer Regulierungsbremse den Anstieg der Regulierungskosten eindämmen](#)“ eingereicht: Generiert eine Vorlage für mehr als 10'000 Unternehmen erhebliche Kosten oder liegt sie über einer zu definierenden Kostenschwelle, muss die Vorlage dem qualifizierten Mehr in der Gesamtabstimmung im Parlament unterstellt werden. Eine höhere parlamentarische Hürde für Regulierung erlaubt es, unnötige Regulierungskosten einzudämmen.

Des Weiteren fordern wir mit dem Postulat „[Einführung einer Regulierungsbremse](#)“, dass auch andere Massnahmen, wie zum Beispiel ein „one in, one out“, geprüft werden.

3. Bestehende Regulierung überprüfen und reduzieren

In einem dritten Schritt fordern wir, dass der in Umsetzung begriffenen Regulierungskontrolstelle auch die Kompetenz gegeben wird, gezielt bestehende Regulierungen zu überprüfen und zuhanden von Parlament und Bundesrat Empfehlungen abzugeben, wie diese optimiert werden können. Die Stelle soll aus eigenem Impuls oder aufgrund von Eingaben aus der Bevölkerung, Wirtschaft oder Justiz überprüfen können, ob bestehende Regulierung unverhältnismässig, nicht mehr sachgerecht oder unnötig kostentreibend ist.

Die FDP wurde in diesem Sinne in der Wintersession 2016 aktiv und hat die Fraktionsmotion „[Regulierungskontrollbehörde soll auch bestehende Regulierung überprüfen können](#)“ eingereicht.

3. Bürokratiebriefkasten der FDP

Die FDP gibt seit Januar 2015 der Bevölkerung und Unternehmern die Möglichkeit, ihre Ärgernisse über Bürokratie in unserem Bürokratie-Briefkasten (www.anti-bürokratie.ch) zu deponieren. Diese werden anschliessend vertieft geprüft. Falls möglich, werden die Bedenken anschliessend aufgegriffen und in Form eines Vorstosses im Parlament eingereicht. Dabei gehen wir aber vorsichtig vor, da ein Vorstoss erst einmal Bürokratie generiert, zumal sich die Bundesverwaltung mit diesem auseinandersetzen muss.

4. Für einen Firmenalltag ohne unnötige Bürokratie

Die FDP setzt sich darüber hinaus unermüdlich dafür ein, dass den Unternehmern ihre tägliche Arbeit nicht durch administrative Leerläufe erschwert wird. Der Staat ist gefordert, für die Wirtschaft, insbesondere auch für kleine und mittlere Betriebe, Rahmenbedingungen zu schaffen, welche es ermöglichen, eine Firma administrativ möglichst kostengünstig und reibungslos zu führen.

Forderungen der FDP:

- › **Mehrwertsteuereinheitssatz:** Dieser muss die seitenlangen Ausnahmen und Sonderregelungen ausdünnen. Der Mehrwertsteuer-Dschungel mit verschiedenen Sätzen kostet die Unternehmen in der Schweiz jährlich 1,76 Mia. Franken. Mit einem Einheitssatz sparen wir zu Gunsten der Wirtschaft Kosten von mehreren 100 Mio. Franken ein!
- › **Zollbürokratie abschaffen:** Die öffentliche Hand muss endlich Lösungen in Kraft setzen, welche KMU-freundlich sind. Der Import, Export und Transit von Waren muss ohne übermässige Bürokratie möglich sein: Umfassende Digitalisierung der Zollverfahren, flexible Wahl des Grenzübertritts, Vereinfachung der Mehrwertsteuererhebung, ortsunabhängige Verzollung auch für KMU, Erhöhung des Maximalbetrags für vereinfachte Zollanmeldung und Abschaffung von Minimalzöllen, deren Ertrag den Erhebungsaufwand nicht mehr rechtfertigen.

- › **Möglichkeit der eigenverantwortlichen Abschaffung der Arbeitszeiterfassung:** Insbesondere leitende Angestellte, Fachspezialisten und Arbeitnehmende mit Firmenbeteiligungen in KMU müssen sich von der Stempelpflicht befreien können. Ein flexibles Home office und Teilzeitarbeit dürfen zudem durch die Arbeitszeiterfassung nicht verunmöglicht werden.
- › **Stärkung des E-Governments:** Die online Lösungen der öffentlichen Hand müssen ohne zusätzliche Informatiksoftware und ohne zusätzlichen Schulungsaufwand den Firmenalltag erleichtern.
- › **Weniger Kontroll- und Statistikaufwand:** Wir haben daher den Vorstoss „[Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung](#)“ eingereicht, welcher den durch die öffentliche Hand bedingten Statistikaufwand reduzieren soll. Zudem fordern wir eine Stärkung des risikobasierten Ansatzes bei Kontrollen statt einer inflationären Erhöhung der Kontrolldichte.
- › **Liberalisierung und Flexibilisierung des Aktienrechts:** Viele KMU sind von der Aktienrechtsrevision betroffen. Die FDP lehnt daher die Punkte des Entwurfs des Bundesrats, die gegen die wirtschaftliche Freiheit (z.B. Geschlechter-Richtwerte) gehen, dezidiert ab. Wir wollen eine liberale und flexible Regelung sowie eine schlanke Umsetzung der Minderinitiative (Volksinitiative „Gegen die Abzockerei“).
- › **Unbürokratisches öffentliches Beschaffungsrecht:** Über das bestehende Konkordat hinaus müssen die kantonalen Regelungen weiter harmonisiert werden, damit KMU interkantonal weniger Regulierungsaufwand zu tragen haben. Zudem: Keine Benachteiligung von KMU über ungerechtfertigte Grösse des Beschaffungsauftrages (Losgrösse)!
- › **Kleinstunternehmen entlasten:** Dies unter anderem durch gerechte Regulierung im Revisionsrecht („[KMU-taugliche Lösung sichern. Eingeschränkte Revision zum Schutz unserer KMU verwesentlichen](#)“) und Beibehaltung des vereinfachten Abrechnungsverfahrens im Rahmen der Gesetzesrevision zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

5. Für eine moderne Bundesverwaltung

Die Bundesverwaltung nimmt eine bedeutende Rolle in unserem Land ein. In ihren täglichen Interaktionen mit Unternehmen, Kantonen und Gemeinden, soll die Bundesverwaltung auch betreffend die Digitalisierung eine Vorbildfunktion einnehmen.

Forderungen der FDP:

- › **Voll elektronischer Geschäftsverkehr:** Aus diesem Grund fordert die FDP, dass sämtliche Geschäfte zwischen Bundesstellen und Unternehmen (z.B. Bewilligungen, Anträge, Abrechnungen, etc.) einerseits und Bundesstellen und Kantonen andererseits zwingend auch voll elektronisch – medienbruchfrei - angeboten werden. Dieses elektronische Angebot ist – ergänzend zum bisherigen papierbasierten Angebot – mit angemessenen Übergangsfristen gesetzlich einzufordern.
- › **One-Stop-Shop anbieten:** Ebenfalls sollen die gesetzlichen Anpassungen vorgenommen werden, damit Unternehmen ihre elektronischen Behördengänge gegenüber der Bundesverwaltung ausschliesslich über ein einziges Transaktionsportal (One-Stop-Shop) abwickeln können.
- › **Elektronische Unterschrift nutzen:** Weiter sollen die gesetzlichen Grundlagen dahingehend angepasst werden, dass die Bundesverwaltung in ihrer elektronischen Korrespondenz, einschliesslich Verfügungen, Bewilligungen etc. grundsätzlich die elektronische Unterschrift benutzt.